



1. Vorsitzender | **Vorstand**

Briefanschrift: IG Metall Vorstand, 60519 Frankfurt am Main

An die Abgeordneten der
Regierungskoalition
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Agenda 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Auseinandersetzung zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften über die zukünftige Richtung der Sozialpolitik und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfüllt mich mit großer Sorge. Hier droht sich ein Konflikt zu verfestigen, der auf Dauer weder der SPD noch den Gewerkschaften, aber vor allem weder den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern noch dem Wohlergehen dieses Landes insgesamt nutzen kann.

Ich habe den Eindruck: Es geht immer weniger um Sach- und immer mehr allein um Machtfragen. Das „Durchziehen“ von einmal in der Regierungserklärung vom 14.03.2003 formulierten Punkten wird von Teilen der veröffentlichten Meinung, aber auch vom Bundeskanzler Gerhard Schröder selbst und der Führung von SPD und SPD-Bundestagsfraktion zum Testfall für die Regierungsfähigkeit der SPD hochstilisiert - egal, ob die beschlossenen Maßnahmen zu mehr Wachstum und Beschäftigung, zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zu schnellerer und besserer Vermittlung von Arbeitslosen in Arbeitsplätze und zu einer langfristigen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme führen.

Die Gewerkschaften haben mit verständlicher Ablehnung und Verbitterung auf viele Punkte der Regierungserklärung vom 14.03.2003 reagiert. Nicht nur weil damit in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ein Kurs eingeschlagen wird, der dem Geist und Buchstaben nach eine Absage an das SPD-Wahlprogramm und an die Koalitionsvereinbarungen darstellt, sondern auch, weil mit den in der Regierungserklärung beabsichtigten Maßnahmen klare Aussagen von Gerhard Schröder als Bundeskanzler und Parteivorsitzender gebrochen wurden:

Datum:
2003-04-24

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:
01/ZW-EE

Telefon:
069/6693-2810

E-Mail:
elke.eller-braatz@igmetall.de

IG Metall Vorstand

Lyoner Straße 32
60528 Frankfurt am Main

Telefon: (0 69) 66 93-0
Fax: (0 69) 66 93-28 43
E-Mail: vorstand@igmetall.de
Internet: www.igmetall.de

Helaba Frankfurt
Konto-Nr. 83 000 000
BLZ 500 500 00

Datenschutzhinweis: Name,
Adresse und zur Bearbeitung
nötige Angaben werden
vorübergehend gespeichert.

IG Metall –
Gewerkschaft für Produktion
und Dienstleistung im DGB

- So hat er unter anderem auf dem Zukunftskongress der IG Metall am 15.06.2002 in Leipzig zugesagt, dass die Arbeitslosenhilfe nicht auf das materielle Niveau der Sozialhilfe abgesenkt werden soll. In der Regierungserklärung vom 14.03.2003 wird das genaue Gegenteil verkündet.
- In einem Gespräch mit Gewerkschaftsvorsitzenden unmittelbar nach der Bundestagswahl hat Gerhard Schröder auf Nachfrage eindeutig versichert und einleuchtend begründet, dass bei der Gesundheitsreform das Schema der Rentenreform, nämlich eine Teilprivatisierung der sozialen Sicherung zu Lasten allein der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht wiederholt werden wird. Es soll, so Gerhard Schröder, auf jeden Fall bei der paritätischen Finanzierung der Leistungen der Krankenversicherung im bisherigen Umfang bleiben. Er hat dies plausibel mit dem Unterschied zwischen Alter und Krankheit begründet: Alter sei ein vorhersehbares Ereignis, für das man ein Leben lang vorsorgen kann, Krankheit sei ein unvorhersehbares Ereignis, für das der Einzelne nicht vorsorgen kann. Nun wird gerade das durch längere Krankheit verursachte Risiko, das durch das Krankengeld abgedeckt werden soll, allein den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgebürdet.
- Vor dem Vorstand der IG Metall hat Gerhard Schröder am 08.02.2003 zum wiederholten Male versichert, dass mit ihm eine Einschränkung der Tarifautonomie, eine Änderung bei Günstigkeitsprinzip und Tarifvorrang nie und nimmer in Frage komme. Auch nur eine Drohung mit einer Gesetzesregelung, wie sie in der Regierungserklärung vom 14.03.2003 formuliert ist, verstößt gegen diese klaren Aussagen.

Mit der Agenda 2010 ist erklärtermaßen ein sozial- und gesellschaftspolitischer Richtungswechsel eingeläutet. Dies geht sowohl aus dem Papier des SPD-Parteivorstandes zur nachträglichen Begründung bzw. Rechtfertigung der Agenda 2010 als auch zuletzt aus dem Interview von Gerhard Schröder im Magazin „Der Spiegel“ vom 19.04.2003 hervor. Es ist nicht Aufgabe einer Gewerkschaft, auf die Einhaltung innerparteilicher Demokratie in der SPD oder einer anderen Partei zu achten. Aber es ist doch bemerkenswert, dass ein solcher entscheidender Richtungswechsel auf dem Weg über eine Regierungserklärung verkündet wird, ohne dass in der SPD jemals vorher die Gelegenheit war, darüber zu diskutieren.

Die Maßnahmen der Agenda 2010 werden - bis auf die kreditfinanzierten Impulse für öffentliche und private Investitionen - nicht für mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen. Sie regen weder den privaten Konsum noch öffentliche oder private Investitionen an. Es handelt sich im Kern ausschließlich um Maßnahmen der sonst immer wieder kritisierten Umverteilung - allerdings eine Umverteilung ausschließlich zu Lasten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitslosen und zu Gunsten der öffentlichen Haushalte. Damit werden die konsumtiven Möglichkeiten von Arbeitslosen und Kranken beschränkt. Wie sollen dadurch Impulse für mehr Beschäftigung entstehen?

Nach der definitiven Beendigung aller Bemühungen um ein neues Bündnis für Arbeit durch den Bundeskanzler am 03.03.2003 und durch die Art des Umgangs mit der

Regierungserklärung werden die Gewerkschaften darüber hinaus auch durch die Bundesregierung in die Ecke der Reformverweigerer und Blockierer gestellt.

Dabei haben die Gewerkschaften gerade nach dem 22.09.2002, insbesondere bei der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission, das genaue Gegenteil bewiesen. Für die Durchsetzung des „equal pay“-Grundsatzes haben die Gewerkschaften die Beseitigung sonstiger Eingrenzungen der Leiharbeit hingenommen. Und sie haben darüber hinaus - entgegen vielen Vermutungen in der veröffentlichten Meinung - in einem vereinbarten Zeitraum, nämlich bis Mitte Februar, Tarifverträge abgeschlossen, die für bestimmte Beschäftigtengruppen auch eine Entlohnung unterhalb der jeweiligen tariflichen Bedingungen des Branchentarifvertrags vorsehen.

Im Vorfeld der Agenda 2010 wurde zu den dort angesprochenen Punkten die Reformbereitschaft und Kompromissfähigkeit überhaupt nicht mehr ausgetestet.

Das gilt z. B. für eine Neuregelung des Kündigungsschutzes auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme mit dem Ziel eines Abfindungsanspruchs, einer gesetzlichen Konkretisierung der Sozialauswahl in Verbindung mit einer Härtefallregelung. Das gilt auch für das Thema Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, wobei es nicht nur um die materielle Höhe des künftigen Arbeitslosengeldes II, sondern auch um die Anrechnung von Einkommen und Vermögen geht. Es ist geradezu absurd, dass durch sozialdemokratische Politik Menschen auf der einen Seite ange-regt werden, mehr privat für das Alter vorzusorgen, diese Vorsorge aber in Zukunft im Falle von Arbeitslosigkeit, spätestens nach anderthalb Jahren voll auf den Bezug des Arbeitslosengeldes II angerechnet werden soll.

Auch bei der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ist nie über ein anderes Modell mit den Gewerkschaften gesprochen worden, in dem z. B. für Jüngere und Qualifizierte durchaus über eine kürzere Bezugsdauer gesprochen werden könnte als für ältere Arbeitslose. In der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation wird man mit einer Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht länger in Beschäftigung halten, sondern nur dafür sorgen, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr rasch zu Sozialhilfeempfängern werden. Oder liegt es in Fällen wie Holzmann, Mobilcom, Babcock, bei den enormen Abbauplänen der Banken und Versicherungen an „unwilligen“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und an der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, dass sie nicht länger beschäftigt werden? Warum eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung gerade die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so vor den Kopf stößt, andererseits klare Impulse für Investitionen, mehr Teilzeit und mehr Qualifizierungszeit vermissen lässt, erschließt sich in keiner Weise. Auch bei der Gesundheitsreform ist das Thema Bürgerversicherung bislang nicht aufgegriffen, ebenso wenig wie die Erwerbstätigenversicherung bei der Rente.

Alles in allem zeigt die Regierungserklärung „Veränderung“ auf, aber von „Mut“ kann keine Rede sein. Die angestrebten Veränderungen gehen in die Richtung, die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, Unionsparteien und FDP sowie große Teile der veröffentlichten Meinung fordern. Aber die Regierungserklärung enthält kein sozialdemokratisches Profil einer Politik zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme.

Ich fordere daher alle Abgeordneten der Regierungskoalition auf, in der sitzungsfreien Zeit im Mai sich vor Ort in Betrieben und Verwaltungen, im Kontakt mit den örtlichen Gewerkschaften, ein Bild über die Stimmungslage in der Arbeitnehmerschaft zu verschaffen und innerhalb der Fraktion den Spielraum für notwendige und mögliche Änderungen und Ergänzungen an den Regierungsplänen zur Reform von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sowie der gesetzlichen Krankenversicherung zu nutzen.

Würden die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen sich auf das jetzt aufgebaute Schwarz-Weiß-Szenario einlassen, wäre damit ein tiefer Graben zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften gefestigt, aber auch die soziale Substanz der Wählerschaft der jetzigen Bundesregierung nachhaltig beschädigt.

Nicht die Bundesregierung, sondern das Parlament ist der Gesetzgeber. Es schädigt nicht nur die demokratische Willensbildung in einer Partei, sondern auch die demokratische Kultur in Deutschland, wenn die „1:1“-Umsetzung von Regierungsvorhaben im Parlament zum Maßstab für die Regierungsfähigkeit einer Partei gemacht wird.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus Zwickel